

NIEDERSCHRIFT Nr.: 13/S

über die Sitzung/Videokonferenz der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
- öffentlicher Teil -

am Mittwoch, 04.11.2020, um 17:24 Uhr

13. Sitzung in der 20. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 17:24 Uhr

Sitzungsende: 18:00 Uhr

Anwesend:

Vertreter/-in des Senats

Frau Senatorin Vogt

Deputation für Wirtschaft und Arbeit

Herr Robert Bücking
Frau Jasmina Heritani
Frau Bettina Hornhues
Herr Carsten Meyer-Heder
Herr Dr. Volker Redder
Herr Harald Rühl
Frau Kerstin Selinski-Spohler
Herr Volker Stahmann
Herr Ingo Tebje
Herr Falk-Konstantin Wagner
Herr Christoph Weiss (Vorsitzender)

Von der Verwaltung

Herr Brunßen	Herr Schütt
Frau Frese	Herr Sengstake
Herr Hesse	Herr Staatsrat Stührenberg
Frau Jansen	Herr Tschupke
Herr Dr. Kühling	Frau Viezens
Frau Krumssee-Budde	Herr Staatsrat Wiebe
Frau Ledamun	

Gäste

Herr Dr. Haustein (WFB)

Abg. Weiss eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil – in Form einer Videokonferenz. Die erforderlichen Abstimmungen werden im Umlaufverfahren eingeholt und sind jeweils im Beschluss der Beratungsgegenstände dokumentiert.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 12/S über die Sitzung/Videokonferenz der städtischen Deputation für Wirtschaft Arbeit - öffentlicher Teil - vom 23.09.2020

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 EFRE-Programm 2014-2020

Weitere Qualifizierung Waller Sand und Molenturmareal in der Überseestadt

Vorlage Nr. 20/153-L/S

Abg. Meyer-Heder und **Dep. Dr. Redder** befinden das Projekt für gelungen und unterstützen es.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem Eingehen einer Verpflichtung bei Hst. 3708/884 40-4, an das Sondervermögen Überseestadt für Erschließungsmaßnahmen, in Höhe von 468.000 € mit einer Vorbelastung des Haushaltes 2021 entsprechend dem als Anlage 1 der Senatsvorlage vom 6. Oktober 2020 beigefügten VE-Antrag zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 3 Institutionelle Förderung der Innenstadt- und Stadtteilinitiativen in der Stadt Bremen ab 2021 (teilweise EFRE 2014-2020) sowie öffentliche Förderung weiterer Initiativen

Vorlage Nr. 20/157-L/S

Abg. Stahmann begrüßt nachdrücklich die gelungene Umstellung von einer Projekt- auf eine institutionelle Förderung der Stadtteilinitiativen, die bereits für das vergangene Jahr gewünscht gewesen wäre.

Abg. Meyer-Heder unterstützt das Programm und erwartet durch die Umstellung auf die institutionelle Förderung eine Stärkung der Planungssicherheit der Stadtteilinitiativen. Sie müsse aber einhergehen mit einem stringenteren Controlling nicht nur hinsichtlich ökonomischer, sondern auch hinsichtlich sozialer Effekte in den Stadtteilen. Er bemerkt, dass die vier neu aufgelegten Initiativen alle stadtbremische Initiativen seien, so dass sich erneut die

Frage stelle, wo sich Bremerhaven wiederfinde und ob die anderen Initiativen aus dem Landeshaushalt finanziert würden.

Dep. Dr. Redder fragt nach einer konkreten Begründung für die Behandlung der Vorlage durch die staatliche Deputation. Er vermisse eine stärkere Berücksichtigung der Stadtteile links der Weser und bittet darauf zu achten, dass die Mittel sachgerecht von den Stadtteilinitiativen verwendet würden.

Abg. Raschen weist anknüpfend an die Ausführungen des Abg. Meyer-Heder auf einen bestehenden Antrag für den City-Skipper in Bremerhaven hin und bittet um Aufklärung.

Senatorin Vogt betont, dass die letztjährige Vorlage aufgrund der Anfragen zusätzlicher Initiativen verzögert worden sei und die Umstellung auf institutionelle Förderung schon damals überlegt worden sei.

Die Ausweitung der Förderung auf weitere Stadtteilinitiativen setze zunächst deren Förderfähigkeit als Basis voraus, grundsätzlich stehe es aber allen Stadtteilen bzw. deren Initiativen frei, sich mit einem Konzept zu bewerben.

Die Behandlung zusätzlich in der staatlichen Deputation erfolge, da noch nicht alle Initiativen auf den Stadthaushalt umgestellt werden können. Für die beiden Gröpelinger Initiativen gebe es weiterhin die Möglichkeit einer EFRE-Förderung, und als Landesprogramm müsse dieser Finanzierungsanteil in der staatlichen Deputation behandelt werden.

Herr Dr. Kühling fügt hinzu, dass die EFRE-Förderung für die Jahre 2021 und 2022 für die genannten Initiativen möglich sei. Von dieser Möglichkeit des Einsatzes von Drittmitteln möchte das Ressort Gebrauch machen. Grundsätzlich würden die Stadtteilinitiativen als originär kommunale Aufgabe aber nun in die kommunale Finanzhoheit überführt. Das Ressort habe gegenüber OB Grantz schriftlich dargelegt, mit welchem Volumen das Ressort in der Vergangenheit auch über das EFRE-Programm Bremerhavener Projekten gefördert habe; dieser Weg über EFRE stehe Bremerhaven bei geeigneten Projekten auch weiterhin offen. Das Controlling werde wie auch in der Vergangenheit intensiv und in enger Zusammenarbeit mit den Gesellschaften und Initiativen fortgeführt.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Kurzberichte zu den Tätigkeiten für das Jahr 2020 sowie die Planungen der Innenstadt- und Stadtteilinitiativen für 2021 und deren Finanzierung zur Kenntnis und stimmt den vorgesehenen Maßnahmen zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt einer institutionellen Förderung anstelle der bisher praktizierten jährlichen Projektförderung ab 2021 für CityInitia-

- tive Bremen Werbung e.V., Interessengemeinschaft Das Viertel e.V., Vegesack Marketing e.V., Stadtteilmarketing Hemelingen e.V. und Neustadt Stadtteilmanagement e.V. auf Basis der für 2021 vorgesehenen Förderhöhe von insgesamt 988.000 Euro zu.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt zur haushaltsrechtlichen Absicherung einer noch in diesem Jahr vorgesehenen Bescheidung den entsprechenden zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2021 in Höhe von insgesamt 988.000 Euro auf den neu einzurichtenden Haushaltsstellen im Stadthaushalt zu. Der Ausgleich erfolgt über die Nicht-Inanspruchnahme in Höhe von insgesamt 988.000 Euro der in Höhe von 14.500.000 Euro veranschlagten VE bei der Haushaltsstelle 3708/884 35-8 An das SV Gewerbeflächen (Stadt) für Erschließungsmaßnahmen. Die finanzielle Abdeckung in 2021 erfolgt durch Umschichtung des vorgesehenen Haushaltsanschlages auf der Haushaltsstelle 3754/682 80-8 City-und Stadtteilinitiativen in entsprechender Höhe.
 4. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt einer Projektförderung aus dem EU-Programm EFRE 2014-2020 im Jahr 2021 für Gröpelingen Marketing e.V. und Kultur Vor Ort e.V. von insgesamt 332.000 Euro zu.
 5. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 3754/682 80-8, City-und Stadtteilinitiativen, i.H.v. 332.000 Euro zu. Die hierfür erforderliche zusätzliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 332.000 Euro auf der Haushaltsstelle 3754/682 80-8 City-und Stadtteilinitiativen wird durch Nicht-Inanspruchnahme in Höhe von 332.000 Euro der auf der Haushaltsstelle 3754/891 20-2 Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.500.000 Euro ausgeglichen. Die finanzielle Abdeckung erfolgt in 2021 durch EU-und komplementäre Landesmittel aus der Haushaltsstelle 0709/686 56-9 EU-Programm EFRE 2014-2020 – konsumtiv.
 6. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt einer Projektförderung im Jahr 2021 für Blumenthal Aktiv Gewerbeverein e.V., das Zentrum Blumenthal, den Stadtteil Osterholz und den Verein der Findorffer Geschäftsleute e.V. von insgesamt 108.000 Euro zu.
 7. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 3754/682 80-8, City-und Stadtteilinitiativen, i.H.v. 108.000 Euro zu. Der Ausgleich erfolgt über die Nicht-Inanspruchnahme in Höhe von 108.000 Euro des VE-Anschlages in Höhe von 14.500.000 Euro bei 3708/88435-8 An das Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) für Erschließungsmaßnahmen. Die finanzielle Abdeckung soll wie dargestellt aus dem für den Haushalt 2021 gegenwärtig vorgesehenen Anschlag in Höhe von 1.428.800 Euro bei der

Hst. 3754/686 09-0 City- und Stadtteilinitiativen erfolgen. Zur Weiterleitung der Landesmittel (Barmittel) in den Stadthaushalt werden die notwendigen neue Haushaltsstellen eingerichtet.

8. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa bei dem Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 4 SV Gewerbeflächen (Stadt) - Teilsondervermögen Veranstaltungsflächen: TSVV - Zuführung an das Sondervermögen: hier: Finanzierung aus Mitteln des Auffangtopfes in 2020 und 2021

Vorlage Nr. 20/173-S

Abg. Weiss erklärt, die CDU-Fraktion werde sich enthalten; zwar stimme sie der Maßnahme inhaltlich zu, nicht aber ihrer Finanzierung.

Dep. Dr. Redder schließt sich dem an; er halte die Vorlage für zu knapp und unzureichend begründet.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Deputationsvorlage der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa um Weiterleitung der Vorlage über den Senator für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss und Berücksichtigung im Rahmen der Beratungen zur Vorlage „Auffangtopf Land und Stadtgemeinde Bremen“.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Abg. Meyer-Heder und Abg. Frau Hornhues sowie bei Enthaltung des Abg. Weiss sowie des Vertreters der Fraktion der FDP.

TOP 5 Bericht der Verwaltung über die Ergebnisse der GEP 2030 "Studie zur Untersuchung und Ermittlung der Bedeutung der Logistik insgesamt, deren Wertschöpfungsketten und Zusammenhänge in Bremen und der Region"

Vorlage Nr. 20/107-S

Abg. Meyer-Heder sieht vor dem Hintergrund der Debatte in der Bürgerschaft die Parteien zum Teil weit auseinander. Seines Erachtens wird die Neuauflage des Gewerbeentwicklungsplans (GEP) dringend gebraucht. Er bedauert allerdings, dass gewisse Erweiterungsflächen, die unter anderem auch mit der A281 in Verbindung stünden, von der Nutzung gleich ausgeschlossen worden seien. Auch die Entwicklung am Nordwestknoten halte er potenziell für entwicklungsfähig. Im Zusammenhang mit der Corona-Krise gibt er zu bedenken,

dass sich die Flächenbedarfe einzelner Branchen aktuell völlig änderten – so würden zukünftig kaum noch Mietflächen für IT-Dienstleister gebraucht. Entsprechend könnten weitere Flächen für die Logistikbranche zur Verfügung stehen.

Abg. Bücking sieht mit dem Bericht eine treffende Verständigung über Schlüsselgedanken zur Flächenentwicklung in der Stadt gelungen. Die vom Abg. Meyer-Heder angedeuteten Flächen fielen bereits aus Naturschutz- oder wasserrechtlichen Gründen aus einer möglichen Erschließung heraus. Eine Entwicklung an den Außengrenzen der Stadt sehe er kaum für zielführend und erfolgversprechend. Richtigerweise stelle der Bericht intensiv auf die Entwicklung etwa von Bestandsgebieten, Verdichtung und Umlandkooperationen ab.

Senatorin Vogt stellt in der Debatte eine unterschiedliche Wertschätzung gegenüber den verschiedenen Bereichen der Logistikbranche fest; insbesondere seien die Gateway-Logistik und zentrale Distribution bedeutende Faktoren für Bremen und müssten in der Flächenplanung angemessen berücksichtigt werden. Eine A281 mit – irgendwann – erfolgtem Ringchluss stelle ein bedeutendes Entwicklungsband für die Stadt dar, das in besonderem Maße mit der Entwicklung der Industrie, dem Flughafen und auch den Neustädter Häfen zusammenwirke. Sie weist darauf hin, dass die Unternehmen hinter der Logistikbranche aus Industrie, Wissenschaft und Forschung bedacht werden müssten; eine isolierte Betrachtung der Logistikbranche greife jedenfalls zu kurz.

Dep. Dr. Redder begrüßt den Ansatz zur Verdichtung, gibt aber dazu zu bedenken, dass dies nicht in allen Branchen endlos funktioniere und überdies das Risiko zusätzlicher Wirtschaftsverkehre berge und diese entsprechend organisiert werden müssten.

Abg. Bücking weist zurück, er oder seine Fraktion brächten der Logistik keine Wertschätzung entgegen. Er habe lediglich auf den verhältnismäßig großen Flächenbedarf der Logistikbranche hingewiesen. Seines Erachtens sollte eine Verlagerung von flächenintensiven zu arbeitsintensiven Branchen stattfinden, um auf dem für eine Stadt begrenzten Flächenvorrat nachhaltiges und effizientes Wachstum zu generieren. Zudem sollte die wirtschaftliche Basis der Stadt diversifiziert werden und in diesem Zusammenhang auch eine stärkere Qualifizierung der Arbeitnehmer in den (Logistik-)Unternehmen angestrebt werden.

Abg. Meyer-Heder stimmt dem in Teilen zu, trotzdem halte er es für falsch, bestimmte Gebiete und Flächen im Vorwege auszuschließen. Er halte dies auch für eine Imagefrage und problematisch hinsichtlich der Signale, die die Stadt in die Wirtschaft sende.

Senatorin Vogt weist auf die zentralen Industriebereiche Bremens aus den Bereichen Automotive, Stahlerzeugung und Luft- und Raumfahrt hin, die mit Zulieferern rund 38.000 - 40.000 Arbeitsplätze auf sich vereinigten. Mit der Entwicklung dieser Branchen müsse eine entsprechende Logistikentwicklung einhergehen können, andernfalls bezweifelt sie, dass

Bremen seine Attraktivität für Fachkräfte oder das Niveau der Steuereinnahmen halten könne. Der begrenzte Flächenvorrat sei ihr bewusst – trotzdem müssten die Möglichkeiten einer A281 genutzt werden können.

Den Ausbau von Kooperationen mit dem Umland könne sie nur begrüßen, insbesondere wenn diese auch auf eine fiskalische Kooperation gründen. Trotzdem müssten verträgliche Erweiterungen innerhalb Bremens organisiert werden können, denn ohne die Logistik gäbe es keine Industrie und ohne diese keine Innovationskraft in Bremen.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht über die Logistikstudie und den Fachdialog zur Kenntnis.

TOP 6 Nutzungskonflikte im Gewerbegebiet Airport-Stadt

Berichtsbitte der CDU-Bürgerschaftsfraktion

Vorlage Nr. 20/174-S

Abg. Weiss dankt für die umfangreiche Antwort auf die Berichtsbitte der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Er stellt zu dem Vorgang insgesamt fest, dass zwar auch für die Kulturbetriebe attraktive Standortbedingungen und Planungssicherheit von hoher Bedeutung seien, doch sei es nicht nachvollziehbar, dass es über drei Jahre nicht gelungen sei, einen passenderen Standort für die Institution zu finden. Den Verbleib von Kulturbeutel e.V. an einem so attraktiven Gewerbestandort beurteile er insgesamt kritisch, zumal sich die Institution auch mit seines Erachtens erstaunlicher Rhetorik gegenüber der Stadt äußere.

Abg. Bücking sieht mit dem weiteren Verbleib des Vereins am Standort in der Airport Stadt für die nächsten zwei Jahre einen angemessenen Zwischenschritt. Die beteiligten Akteure sollten nach seiner Meinung schon im ersten Jahr Klarheit über die weitere Entwicklung gewinnen; dazu bitte er den Gesamtsenat, einen dauerhaften Verbleib des Vereins an diesem bzw. an einem gleichwertigen Standort zu ermöglichen, denn die Institution sei ein beachtlicher Gewinn für die Stadtentwicklung

Abg. Tebje schließt daran an. Seines Erachtens trage der Verein zu einer modernen Stadtentwicklung und positiven Imagebildung der Stadt bei und erhöhe die Attraktivität der Stadt für junge Leute. Er sehe in dem erreichten Zwischenstand auch die Gelegenheit, nunmehr eine geordnete Perspektive für eine Dauerlösung zu schaffen. Der Prozess verdeutliche, dass auch für andere Bedarfe als der gewerblichen Wirtschaft ein attraktives Flächenangebot unerlässlich für eine positive Stadtentwicklung sei.

Abg. Meyer-Heder hält die Kulturinitiative grundsätzlich für begrüßens- und unterstützenswert, doch halte er den Standort für völlig falsch.

Abg. Weiss unterstreicht daran anschließend, dass die Initiative an sich nicht in der Kritik stehe; auch für nachbarschaftliche Probleme sollte Toleranz in beide Richtungen eingefordert werden. Er sehe aber vor allem die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN bzw. das Bauressort als entsprechende Unterstützer und Förderer des Vereins in der Pflicht, für eine tragfähige Lösung zu sorgen geeignete Flächenalternativen aufzuzeigen und nicht der Wirtschaft die Fläche zu entziehen.

Abg. Bücking entgegnet, dass es ein entsprechendes nachdrückliches Engagement von allen Beteiligten gegeben habe. Allerdings sei festzustellen, dass auch für Kulturinitiativen und –betriebe die Lage ein entscheidender Faktor sei, ebenso wie für gewerbliche Betriebe auch, und ein entsprechend gut geeigneter Standort habe bisher nicht gefunden werden können.

Er führt weiter aus, dass die Stadt in diesem Segment der Jugendkultur ein Defizit aufweise, was die Ausstrahlung der Stadt auf junge Menschen begrenze. Insofern sehe er die Stadt gut beraten, den Verein gut und konstruktiv zu begleiten und die angesprochenen zwei Jahre sinnvoll zu nutzen. Vor diesem Hintergrund betont er, dies sei eine Aufgabe des Gesamt-senats.

Senatorin Vogt führt aus, das Ressort habe alle Optionen bis hin zu privaten Flächen geprüft. Die vorgestellte Zweijahreslösung sei zunächst ein Zwischenschritt. Sie bezweifelt auch, ob der Standort wirklich der Beste für den Vereinsbetrieb sei.

Sie stellt weiter fest, dass der Standort eine besondere Lagegunst aufweise und eine der letzten vermarktbareren Flächen in der Airport Stadt sei – und hinter Vermarktungen stünden am Ende gesicherte oder geschaffene Arbeitsplätze. Es müsse eine Lösung gefunden werden, die sowohl die Perspektive für Kulturbeutel e. V. absichert, als auch die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sicherstellt. Am Ende könne aber nicht das Wirtschaftsressort allein für die Lösung sorgen.

Abg. Weiss erwidert in Richtung des Abg. Bücking, dass man dem Verein aufzeigen müsse, dass ein dauerhafter Verbleib an diesem Standort nicht möglich sei; er sehe dazu das Bauressort in der Pflicht, für Ersatz zu sorgen. Nachdrücklich betont er, dass sich dies nicht gegen den Verein an sich richte.

Abg. Meyer-Heder fordert angesichts der vergangenen drei Jahre, in denen eine Dauerlösung nicht gelungen sei, eine effizientere Zusammenarbeit im Senat ein.

Abg. Bücking sieht in den Ausführungen des Abg. Weiss einen Ausdruck der Problembeschreibung, aber keinen konstruktiven Lösungsansatz. Die Institution sei für die Stadt als Ganzes ein Gewinn, und aus sozialen und ökonomischen Gründen müsse der Senat auch als Ganzes entsprechend tätig werden.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht zu Nutzungskonflikten im Gewerbegebiet Airport-Stadt zur Kenntnis.

TOP 7 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Weiss schließt die Sitzung/Videokonferenz der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil.

Weiss
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020			Stand:	17.11.2020				
Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen EFRE-Mittel aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel								
Prioritätsachse ⁴⁾	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾					
Achse 1 - Innovation	48.140.858	52.942.780	33.513.078					
Achse 2 - KMU	15.347.163	14.406.750	13.560.287					
Achse 3 - CO2 ⁵⁾	18.543.844	15.819.385	1.581.273					
Achse 4 - Stadtentwicklung	16.868.633	13.100.050	13.107.100					
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	6.676.507					
Programm insgesamt	103.021.352	100.389.819	68.438.244					
<p>¹⁾ Gesamtmittel inkl. leistungsgebundener Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Die EU-Kommission hat am 09.01.2020 die beantragte Zuteilung der leistungsgebundenen Reserve in die Achse 2 und 4 genehmigt.</p> <p>²⁾ In Deputationen, Parlementsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).</p> <p>³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.</p> <p>⁴⁾ In Achse 1 ist eine Überbuchung zu verzeichnen. Überbuchungen sind grundsätzlich hilfreich und auch anzustreben, soweit finanziell darstellbar. Es kann im Rahmen der Abrechnungen immer zu Umschichtungen innerhalb der Achse kommen (z. B. bei Minderbedarfen aus anderen Projekten in der Achse). Um den Mitgliedstaaten Flexibilität in der Umsetzung zu ermöglichen, darf zudem eine Achse um 10 % überbucht sein, wenn dies durch eine andere Achse kompensiert wird.</p> <p>⁵⁾ Bei den Finanzinstrumenten werden die Einzahlungen in den Fonds als Ausgaben verbucht. Da das Volumen des Darlehensfonds von 40,1 Mio. auf 26,1 Mio. reduziert worden ist (betroffen sind hiervon die Energieeffizienz-Darlehen in der Achse 3), sind auch Anpassungen bei den gebuchten Ausgaben erforderlich geworden, sodass sich der Ausgabenstand in der Achse 3 insgesamt reduziert.</p>								

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft und Arbeit in der 20. Legislaturperiode (Stand: 04.11.2020)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 24.04.2019)
3.	Ausschöpfung der Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	12.02.2020	Abg. Tebje	½ jährlich, (zuletzt: 12.02.2020)
5.	Vorstellung Projektträger und -arbeit im Rahmen des BAP (anlässlich d. Beratung von 20/021-L)	30.10.2019	Abg. Frau Dr. Müller/Dep. Rühl/Abg. Weiss	
6.	Sanktionssituation in den Jobcentern nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. November 2019	20.12.2019 12.02.2020	Abg. Tebje	½ jährlich, (erstmals: 24.04.2019), zuletzt 23.09.2020,
8.	Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise – Gender-Verhältnisse	Per Mail 16.07.2020	Abg. Frau Hornhues	